

Wissenschaft oder schon Aktivismus?

Offener Brief schlägt Wellen Nach Kritik an Universitäten sorgen sich Forschende um ihre Freiheit. Es herrscht Streit um « Hamas-Verherrlicher », « Israelhasser » und « Selbstzensur ». Was ist da los?

Alexandra Aregger

Das Handy klingelt. Die Nummer: «Anonym». Ein Mann sagt mit leicht nervöser Stimme: «Wir haben Ihre Fragen nun lange diskutiert.» Der Mann ist Wissenschaftler. Er gehört zu einer Gruppe, die einen offenen Brief «Für Wissenschaftsfreiheit in der Schweiz» geschrieben hat. Und die damit hohe Wellen schlägt. Die Verfasserinnen und Verfasser wollen um jeden Preis anonym bleiben. Sie befürchten, dass sie in den Medien persönlich angegriffen werden könnten. Und auch ihre Institution.

Der Hintergrund: Seit dem Beginn des Nahostkrieges sind an mehreren Unis Vorfälle bekannt geworden, die zu öffentlichen Kontroversen geführt haben – und zum Teil auch zu Sanktionen.

— Ein Dozent vom Nahost-Institut der Uni Bern twittert, das Hamas-Massaker sei das «beste Geschenk vor meinem Geburtstag» gewesen. Die Institutsleiterin verteidigt ihn – es kommt heraus, dass sie verheiratet sind. Medien in der ganzen Schweiz berichten, der Dozent wird fristlos entlassen. Die Uni lässt eine Untersuchung durchführen und löst das Nahost-Institut in der Folge auf.

— Der Fachbereich Urban Studies der Uni Basel veröffentlicht kurz nach dem Hamas-Angriff auf der Uniwebsite ein Solidaritätsschreiben ans palästinensische Volk. Die Uni interveniert und löscht den Beitrag. Es kommt eine fragwürdige Dissertation ans Licht. Die zuständige Fakultät untersucht den Fachbereich und bemängelt mehrere Vorfälle, «bei denen wissenschaftliche und politische Aktivitäten nicht angemessen unterschieden wurden».

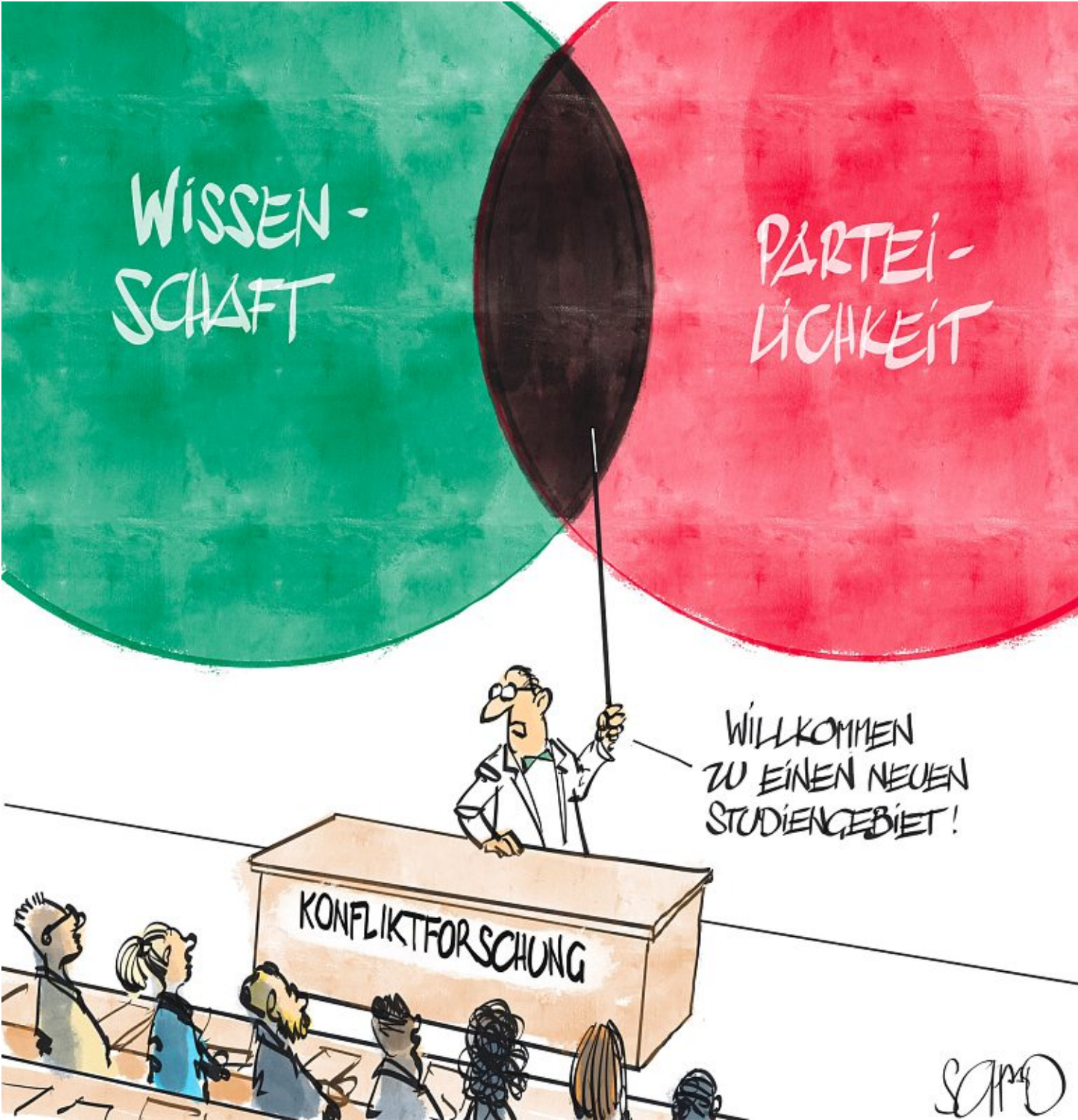
— Das Architekturdepartement der ETH Zürich unterzeichnet einen offenen Brief von angeblichen Hamas-Freunden, die NZZ berichtet von «Israelhassern» im Departement.

An den Universitäten ist ein Kulturkampf ausgebrochen. Das hat mehrere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zum Verfassen des offenen Briefes verleitet. Besonders der Fall an der Universität Bern hat sie aufgerüttelt. Ende Februar verschickten sie das Schreiben an zahlreiche Universitäten, Hochschulen oder Forschungsanstalten. Unterschrieben haben es mittlerweile über tausend Personen. Es sind Professorinnen, Doktoranden, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen oder Studenten aus dem In- und Ausland. Viele unterschrieben mit Namen und Arbeitsort, andere anonym.

Kritische Forschung werde verunglimpft

Der Ton: besorgt bis aggressiv. Die Vorwürfe richten sich an die Institutionen und die Medien. Man Sorge sich um die «Erosion der akademischen Freiheit». Über ein «zunehmend antiwissenschaftliches Klima in der Schweiz». Über eine «journalistisch unredliche Anti-Woke-Agenda», statt inhaltlicher Dialog werde moralisch Panik geschürt.

Nach mehreren Mails, Telefonaten und mehrtägiger Bedenkzeit willigt die Gruppe ein für ein persönliches Gespräch. Der Treffpunkt wird erst zwei Stunden zuvor kommuniziert.



Warum diese Geheimnistuerei? «Wir sind vorsichtig und besorgt. Zu bestimmten Themen kann man sich fast nicht mehr äussern, es wird schnell als «politisch» abgestempelt, und man wird angefeindet», sagt einer von drei Wissenschaftlerinnen respektive Wissenschaftlern, die erscheinen.

Es geht nicht nur um Forschung zu Nahost. Im Brief listen sie auf: Genderstudies, kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, post- und siedlerkoloniale Studien. In diesen Bereichen sei eine «Atmosphäre der Verunsicherung und Selbstzensur» entstanden. Sie glauben: Kritische Forschung in diesen politisch exponierten Bereichen werde oft verzerrt oder verunglimpft.

Sie fordern, dass sich die Medien «ehrlich mit unserer Wissenschaft und unserer Expertise auseinandersetzen». Und dass die Universitäten die Wissenschaftsfreiheit bewahren und «äusserem Druck widerstehen, kritische Stimmen zu schwächen».

Die über tausend Unterschriften zeigen: Die Sorgen bestehen nicht nur in den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Diese Redaktion hat zahlreiche Personen kontaktiert, die den Brief unterschrieben haben. Ei-

nige erklärten sich bereit, ihre Beweggründe zu erläutern – mit Namen.

— **Bernhard Wehrli, emeritierter Professor der Umweltwissenschaften, ETH Zürich:** «Ich war als ETH-Professor schon selber politischem Druck ausgesetzt, weil ich mich zum Beispiel für eine Lösung des Pestizidproblems eingesetzt habe. Ich bin überzeugt, dass es zu den Aufgaben einer Hochschule gehört, den Gaza-Krieg unter anderem aus Sicht des Völkerrechts zu analysieren und debattieren.»

— **Janine Dahinden, Professorin für Transnationale Studien, Universität Neuenburg:** «Als ich vor längerem als Migrationsforscherin in der «Arena» auftrat, hagelte es negative Reaktionen bis Briefe an die Unileitung, in denen meine Entlassung gefordert wurde. In meinem Forschungsfeld Migra-

tion und Gender bin ich das gewohnt, aber das Klima erlebe ich heute als so aufgeheizt wie noch nie. Ich wünsche mir insbesondere von den Medien, dass sie wieder mehr versachlichen statt emotionalisieren. Auch wenn die Gesellschaft polarisiert wird – wir müssen akademische Freiheiten gewährleisten.»

— **André Kuhn, Professor für Kriminologie und Strafrecht, Universität Neuenburg:** «In meinem Fachgebiet gehört es beispielsweise zum guten Ton, zu glauben, dass es umso weniger Verbrechen gibt, je mehr man bestraft. Wenn man es wagt, diese Vorstellung infrage zu stellen, wird man systematisch als Anarchist, Kommunist oder sogar als Idiot oder Dummkopf beschimpft. Aber wir werden nicht dadurch mehr erfahren, dass wir keine Forschung betreiben.»

Eine Mitverfasserin des Briefs sagt beim Treffen: «Es ist naiv, zu sagen, Wissenschaft könne unpolitisch sein. Jede Wissenschaft ist in politische Verhältnisse eingebettet, und wir haben die Verantwortung, uns zu positionieren.»

Bezogen auf den Nahostkonflikt heisse das: Es sei absolut legitim, sich basierend auf den eigenen Forschungen oder als Privatperson zu positionieren. Beispielsweise in der Debatte, wie Antisemitismus definiert werde. Eine klare Grenze bestehe jedoch bei Gewaltverherrlichung oder Menschenverachtung.

Ein weiteres Beispiel der Verfasserinnen und Verfasser des Briefes: Begriffe wie Genozid, Apartheid oder Siedlerkolonialismus. «Es muss möglich sein, dass wir uns wissenschaftlich damit auseinandersetzen können, in welchem Kontext das Verwenden dieser Begriffe begründet ist – und wo nicht.»

Es fragt sich: Wo endet Wissenschaft, wo beginnt Aktivismus?

Parteilichkeit der Wissenschaft

Eine Frage, die Reinhard Schulze schon lange umtreibt. Der bekannte Islamforscher und emeritierte Professor leitete das nun aufgelöste Berner Nahost-Institut über

Jahre. Gegenüber der NZZ übte er jüngst Kritik an seinen Nachfolgern am Institut, die einen «parteiischen, identitär ausgerichteten Diskurs» verfolgt hätten.

Den offenen Brief findet Schulze «inhaltlich vollkommen fehl». Die Verfasserinnen und Verfasser würden darin die «explizit bekundete Parteilichkeit» des Berner Ex-Dozenten mit seinem Tweet verteidigen und von den Medien Unparteilichkeit verlangen. «Überspitzt gesagt verlangt der Brief, unparteilich die Parteilichkeit der Wissenschaft anzuerkennen.»

Die Verfasserinnen und Verfasser sagen: «Es geht uns nicht um den Tweet, den wir in keiner Weise legitimieren. Vielmehr geht es uns darum, wie problematische Einzelergebnisse eine solche mediale und politische Reichweite kriegen. Dadurch werden ganze Forschungsfelder als «zu aktivistisch» angegriffen, statt eine vertiefte Auseinandersetzung zu suchen.»

«Haben im Sinn der Wissenschaften gehandelt»

Anruf ins Rektorat der Universität Bern. «Wir haben den offenen Brief intensiv studiert», sagt Rektor Christian Leumann. Vor wenigen Tagen veröffentlichte die Uni eine Stellungnahme dazu, die eher einer Replik gleicht. Gewisse Umstände würden einseitig dargestellt «und Fakten ausgeblendet», heisst es.

«Es wird insinuiert, dass wir die Islamwissenschaften als solche abstrafen würden. Aber das Gegenteil ist der Fall: Wir haben im Sinn dieser Wissenschaften gehandelt und stellen in einer Neuausrichtung sicher, dass sie breiter aufgestellt werden.»

Leumann findet es «absolut unwissenschaftlich», dass Professorinnen und Professoren einen solchen Brief anonym schreiben respektive unterschreiben. «Auch fehlt mir eine kritische Auseinandersetzung damit, wie wir Wissenschaftsfreiheit von persönlicher Haltung abgrenzen können. Darum geht es doch.»

Jeder Forschende dürfe eine Haltung einnehmen. Jedoch müsse eine persönliche oder politische Haltung als solche gekennzeichnet werden.

Ähnlich argumentiert Martin Lengwiler. Er ist Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät der Uni Basel, der auch der kritisierte Fachbereich Urban Studies angehört. Einen Strich zieht er bei ausschliesslich politischen Statements, die über universitäre Kommunikationskanäle gemacht würden. Oder wenn die Uni für aktivistische oder politische Aktionen ohne akademischen Bezug genutzt werde.

Lengwiler sagt, es gebe einen wesentlichen Unterschied, wenn jemand eine politische oder eine wissenschaftliche Position einnehme: «In der Politik kann man gestützt auf eine Wertetradition argumentieren, wie beispielsweise beim Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat». In der Wissenschaft hingegen ist man gefordert, empirisch belegt zu argumentieren.» Nichts spreche gegen eine kritische Position, solange diese wissenschaftlich begründet werde.



Haben nichts gegen eine persönliche Haltung, aber sie müsse als solche gekennzeichnet werden: Martin Lengwiler, Uni Basel (li.), und Christian Leumann, Uni Bern Fotos: PD / Anna Schmidt Photographie

